



Marktgemeinde Mauthausen

A-4310 Mauthausen, Marktplatz 7

Telefon: +43 (7238) 22 55 – 0 Fax: +43 (7238) 22 55 – 99

Mail: gemeinde@mauthausen.at Internet: www.mauthausen.at



Datum: 2022-01-01
Zl.: 811/0/2021/Dr/Ba
Bearbeiter: Vanessa Baireder
Tel: +43 (7238) 22 55 - 60
E-Mail: ba@mauthausen.at

VERORDNUNG

des Gemeinderats der Marktgemeinde Mauthausen vom 14. Dezember 2021, mit der eine Kanalordnung für die gemeindeeigene öffentliche Kanalisation erlassen wird.

Aufgrund des § 11 Abs. 2 Oö. Abwasserentsorgungsgesetz 2001, LGBl.Nr. 27/2001, idF LGBl.Nr. 94/2015, wird verordnet:

§ 1

Anwendungsbereich

Diese Verordnung findet auf die im Gebiet der Marktgemeinde Mauthausen liegenden Anschlüsse an die öffentliche Kanalisationsanlage der Marktgemeinde Mauthausen Anwendung.

Außerhalb des Gemeindegebiets befindliche Anschlüsse an die öffentliche Kanalisationsanlage der Marktgemeinde Mauthausen müssen in jedem Fall mit einem mit der Marktgemeinde Mauthausen abzuschließenden Übereinkommen geregelt werden.

Die Hauskanalanlage ist die Entsorgungsleitung von der Außenmauer des zu entsorgenden Objektes bis zur öffentlichen Kanalisation einschließlich der dazugehörigen Hebeanlagen, Pumpwerke und Schächte, die ausschließlich der Entsorgung des einzelnen Objektes dienen, sofern diese Einrichtungen nicht von der wasserrechtlichen Bewilligung für die öffentliche Kanalisation erfasst sind. Der Hauskanal bildet bis zu seiner Einmündung in die öffentliche Kanalisation einen Bestandteil des zu entsorgenden Objektes. Der Verlauf und der Umfang der öffentlichen Kanalisation ergibt sich aus den wasserrechtlich bewilligten Projekten, in denen der Verlauf farblich gekennzeichnet ist.

§ 2

Vorschriften für die Einleitung von Schmutz- und Oberflächenwässern

- (1) Von den angeschlossenen Objekten sind sämtliche häusliche Abwässer (Fäkal-, Wasch-, Bade- und Küchenabwässer), diesen gleichzuhaltende und betriebliche Abwässer, je nach Entwässerungssystem in den öffentlichen Schmutz- oder Mischwasserkanal einzuleiten.
- (2) In die öffentliche Kanalisation dürfen nur Abwässer eingeleitet werden,
 - die den Bauzustand und die Funktionsfähigkeit der Anlagen nicht stören,
 - die das Personal bei der Wartung und Instandhaltung der Anlage nicht gefährden und
 - die die Abwasserbehandlung und die Klärschlammverwertung nicht beeinträchtigen.

Keinesfalls dürfen häusliche Abfälle (zB. zerkleinerte Küchenabfälle), tierische Abfälle (zB. Katzenstreu), landwirtschaftliche Abfälle (Jauche, Gülle, Stallmist) sowie Öle und Fette außer in unvermeidbarem Ausmaß in die Kanalisation eingebracht werden.

- (3) Der Einsatz von Anlagen zur Zerkleinerung von Küchenabfällen und deren Einbringung in die öffentliche Kanalisation ist untersagt.
- (4) Gelangen giftige, feuer- oder zündschlaggefährdende Stoffe in die öffentliche Kanalisationsanlage, so ist die Gemeinde (Tel. +43 7238 22 55) bzw. der Kläranlagenbetreiber (Tel. +43 7238 27 40) hiervon sofort zu verständigen.
- (5) Die Abwässer sind in möglichst frischem Zustand, somit ohne Zwischenschaltung von Senkgruben oder Hauskläranlagen, in die öffentliche Kanalisationsanlage einzuleiten.
- (6) Die Einleitung von Oberflächenwässern von Liegenschaften hat unter Berücksichtigung der Ausführung der öffentlichen Kanalisation zu erfolgen:
 - Bei einem Mischsystem:
Drainagewässer, Brunnenüberwässer und Quellwässer dürfen nicht in die Mischwasserkanäle eingeleitet werden.
Nicht oder nur gering verunreinigte Niederschlagswässer von Dachflächen sind - soweit örtlich möglich - dem natürlichen ober- und unterirdischen Abflussgeschehen zu überlassen.
 - Bei einem Trennsystem:
Drainagewässer, Brunnenüberwässer, Quellwässer und Niederschlagswässer dürfen nicht in den Schmutzwasserkanal eingeleitet werden.
Nicht oder nur gering verunreinigte Niederschlagswässer sind soweit wie möglich dem natürlichen ober- und unterirdischen Abflussgeschehen zu überlassen.

Oberflächenwässer von Liegenschaften dürfen nur in solcher Menge in den öffentlichen Niederschlagswasser- oder Mischwasserkanal eingeleitet werden, dass die in den wasserrechtlich bewilligten Projekten der öffentlichen Kanalisationsanlage für die einzelnen Einzugsflächen angesetzten Abflussbeiwerte nicht überschritten werden.

- (7) Sofern sich aus Absatz (6) aufgrund der Vorgaben in den jeweiligen wasserrechtlichen Bewilligungsbescheiden die Notwendigkeit der Errichtung von Retentionseinrichtungen ergibt, gelten neben allenfalls im jeweiligen Baubescheid festgelegten Bedingungen zumindest folgende allgemeine Festlegungen:
 - Die dezentralen Retentionsanlagen (zB. Regenwasserzwischenpeicher in Form von unterirdischen Schachtbauwerken o. dgl.), welche an den öffentlichen Niederschlagswasser- bzw. Mischwasserkanal angeschlossen werden, sind mit einem Volumen von mindestens 4 m³ pro 100 m² angeschlossener versiegelter Fläche vorzusehen.
 - Die in den Kanal abzuleitende Drosselwassermenge darf maximal 0,5 l/s pro 100 m² angeschlossener versiegelter Fläche betragen und diesen Wert nicht überschreiten.
 - Das Volumen ist entsprechend den geltenden technischen Regelwerken auf Basis der ehyd-Bemessungsregenmengen auf ein zumindest 30-jährliches Niederschlagsereignis zu dimensionieren, bei einem höheren Gefährdungspotential von umliegenden Objekten ist die Jährlichkeit vom zuständigen Planer entsprechend höher festzulegen.
 - Ein nachträgliches, absichtliches Manipulieren oder Entfernen der Drosseleinrichtung ist untersagt.
 - Die Retentionsanlagen müssen für die Mitarbeiter der Marktgemeinde Mauthausen jederzeit zugänglich sein.

§ 3

Vorschriften für die Anschlussleitungen

- (1) Die Errichtung der Hauskanalanlage hat unter Einhaltung und Beachtung der gültigen Normen (ÖNORM B 2501 "Entwässerungsanlagen für Gebäude", ÖNORM B 2503 "Ergänzende Bestimmungen für die Planung, Ausführung und Prüfung", ÖNORM EN 752 "Entwässerungssysteme außerhalb von Gebäuden" und ÖNORM EN 1610 "Verlegung und Prüfung von Abwasserleitungen und -kanälen") zu erfolgen.

- (2) Die Einbindung der Hauskanalanlage in die öffentliche Kanalisation hat über den festgelegten Anschlussschacht zu erfolgen. Der Anschluss hat dabei ohne Zwischenspeicherung zu erfolgen.
- (3) Eigentümer von zu entwässernden Objekten haben sich selbst gegen einen Abwasserrückstau aus dem öffentlichen Kanalnetz (z. B. durch die Errichtung von normgemäßen Rückstausicherungen bzw. bei Hebeanlagen unter Beachtung der Bestimmungen der ÖNORM B 2501 und der Lage der Rückstauenebene beim Anschlusspunkt) zu schützen.
- (4) Können die Abwässer von einem Objekt nicht im natürlichen Gefälle zum öffentlichen Kanal fließen, so hat dies der Eigentümer des Objekts durch eine Abwasserhebeanlage oder ein Abwasserpumpwerk sicherzustellen.
- (5) Eine ausreichende Entlüftung der Abwasserleitungen im Objekt ist über Dach sicher zu stellen.
- (6) Hauskanalanlagen dürfen erst nach Fertigstellung und Inbetriebnahme der öffentlichen Abwasserentsorgungsanlage in Betrieb genommen werden.
- (7) Die Fertigstellung einer Hauskanalanlage ist der Baubehörde binnen zwei Wochen schriftlich anzuzeigen. Der Fertigstellungsanzeige ist ein Dichtheitsattest (auf Basis einer Dichtheitsprüfung gemäß ÖNORM B 2503 bzw. ÖNORM B 2538 im Falle von Druckrohrleitungen) eines befugten Unternehmens anzuschließen (§ 20 Abs 3 Oö. Abwasserentsorgungsgesetz 2001).
- (8) Überdies ist im Fall der Errichtung von dezentralen Rückhaltmaßnahmen für Niederschlagswässer (gem. § 2 Abs. (7)) dessen Fertigstellung dem Kanalisationsunternehmen schriftlich anzuzeigen und es sind dieser Anzeige entsprechende Nachweise beizulegen, mit welchen von einem befugten Bauführer die Einhaltung der erforderlichen Maßnahmen (vorhandenes Retentionsvolumen, Art und Menge der Drosselung, Art einer allenfalls erforderlichen Vorreinigung etc.) bestätigt wird.
- (9) Eigentümer von zu entwässernden Objekten sind zur Herstellung des Anschlusses an die öffentliche Kanalisation verpflichtet. Unmittelbar nach der Anschlussherstellung – spätestens jedoch binnen zwei Wochen – haben sie dies bei der für Kanal- und Wasserangelegenheiten zuständigen Abteilung der Marktgemeinde Mauthausen zu melden und gegebenenfalls auch den Wasserzählerstand zum Zeitpunkt des Kanalanschlusses bekannt zu geben.
- (10) Sämtliche im Zusammenhang mit der Hauskanalanlage stehenden Kosten, insbesondere die Kosten für die Errichtung, Instandhaltung und den Betrieb der Hauskanalanlage, sind vom Eigentümer des Objekts zu tragen.

§ 3a

Nachträgliche Änderung des Abwasserentsorgungssystems

Erfolgt bei der öffentlichen Kanalisation eine Änderung von Misch- auf Trennkanalisation, so hat der Eigentümer des zu entwässernden Objektes bei der Hauskanalanlage ebenfalls eine Trennung in Schmutz- und Niederschlagswasser auf eigene Kosten binnen einer Frist von 3 Monaten durchzuführen.

§ 4

Reinigung und Instandhaltung der Hauskanalanlagen

Der Eigentümer einer Hauskanalanlage hat für die ordnungsgemäße Instandhaltung, Funktionsfähigkeit, Dichtheit und regelmäßige Wartung der Anlage zu sorgen.

§ 5

Auflassung bestehender Hauskläranlagen und Senkgruben

Mit dem Anschluss an die öffentliche Kanalisation sind bestehende Abwasserreinigungs- und Abwassersammelanlagen durch einen dauerhaften Verschluss der Abwasserzuleitung außer Betrieb zu nehmen. Die Anlagen sind zu entleeren, zu reinigen und mit nicht faulfähigem Material (z.B. Kies) aufzufüllen.

Eine Weiterverwendung bestehender Anlagen (z.B. als Regenwasserspeicher) ist der Baubehörde bekannt zu geben, hat den bautechnischen Anforderungen sowie den Anforderungen des Umweltschutzes und der Hygiene zu entsprechen und darf insbesondere keine Gefährdung für Mensch und Tier darstellen.

§ 6 Unterbrechung der Entsorgung

- (1) Die Entsorgungspflicht der Gemeinde ruht, solange Umstände, die abzuwenden außerhalb der Einflussmöglichkeit des Kanalisationsunternehmens stehen, die Übernahme oder Reinigung der Abwässer ganz oder teilweise verhindern.
- (2) Die Übernahme der Abwässer durch das Kanalisationsunternehmen kann zur Vornahme betriebsnotwendiger Arbeiten, zur Vermeidung einer drohenden Überlastung der öffentlichen Kanalisation oder aus sonstigen betrieblichen Gründen eingeschränkt oder unterbrochen werden. Das Kanalisationsunternehmen wird dafür Sorge tragen, dass solche Einschränkungen und Unterbrechungen möglichst vermieden beziehungsweise kurzgehalten werden. Beabsichtigte Unterbrechungen der Entsorgung werden rechtzeitig in ortsüblicher Weise bekanntgegeben, es sei denn, es besteht Gefahr in Verzug.
- (3) Das Kanalisationsunternehmen kann die Übernahme der Abwässer des Kanalbenützers nach vorhergehender schriftlicher Androhung, bei Gefahr in Verzug auch sofort, unterbrechen, einschränken oder die weitere Übernahme vom Abschluss besonderer Vereinbarungen abhängig machen, wenn der Kanalbenützer gegen die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften, behördliche Auflagen oder die Kanalordnung verstößt.

§ 7 Überwachung

Den Organen der Gemeinde und des Kanalisationsunternehmens ist der Zutritt zur Hauskanalanlage jederzeit, außer zur Unzeit, und ungehindert zu gewähren. Ebenso sind Inspektionen der Hauskanalanlage von der öffentlichen Kanalisationsanlage aus zu dulden.

§ 8 Strafbestimmungen

Übertretungen von in dieser Verordnung ausgeführten Anordnungen sind nach § 23 Oö. Abwasserentsorgungsgesetz 2001 von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe von bis zu 4.000 Euro zu ahnden.

**§ 9
Inkrafttreten**

Die Kanalordnung tritt mit 1. Jänner 2022 in Kraft; gleichzeitig tritt die Kanalordnung vom 12. Dezember 2013 außer Kraft.

Der Bürgermeister



Thomas Punkenhofer

Gemeinderatsbeschluss vom 17. Dezember 2021:

Die Verordnung tritt mit 1. Jänner 2022 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Kanalordnung vom 12. Dezember 2013 außer Kraft.

Die von der Oö. Landesregierung gemäß § 101 Oö. Gemeindeordnung 1990, LGBl. Nr. 91/1990 i.d.g.F. am 26. Jänner 2022 durchgeführte Verordnungsprüfung ergab keine Gesetzeswidrigkeit.